

**Schriftliche Anfrage**

des Abgeordneten Heinrich Rudrof CSU  
vom 28.06.2004

**Verstaatlichung kommunaler Schulen**

Ich frage die Staatsregierung:

1. Wie viele Anträge auf Verstaatlichung von kommunalen Schulen in Bayern liegen der Staatsregierung derzeit vor und wie verteilen sich diese auf Gymnasien, Realschulen, Wirtschaftsschulen, Berufsschulen, Berufsoberschulen, Fachakademien, Fachschulen und sonstige Schulen?
2. Um welche Schulen handelt es sich im Einzelnen?
3. Wann haben die einzelnen Schulen bzw. deren Träger die Anträge gestellt?
4. Ist es nach Meinung der Staatsregierung mittelfristig möglich, kommunale Schulen zu verstaatlichen?
5. Nach welchen Kriterien werden die Anträge dann behandelt werden müssen?

**Antwort**

des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus  
vom 27.07.2004

Zu 1.:

Beim Staatsministerium für Unterricht und Kultus liegen derzeit **Verstaatlichungsanträge für 85 kommunale Schulen** vor. Die Anträge verteilen sich wie folgt:

- 10 Gymnasien,
- 10 Realschulen,
- 10 Wirtschaftsschulen,
- 11 Berufsschulen,
- 1 Fachoberschule,
- 1 Berufsoberschule
- 7 Fachakademien
- 20 Fachschulen und
- 15 Berufsfachschulen.

Zu 2. und 3.:

In der nachfolgenden Tabelle sind die Schulen, für die Verstaatlichungsanträge gestellt wurden, im Einzelnen aufgelistet. Soweit in einzelnen Fällen Kommunen wiederholt die Verstaatlichung beantragten, wird der Zeitpunkt der erstmaligen Antragstellung genannt.

1. Gymnasien	Name	Antragstellung
	Städtisches Wirtschaftswissenschaftliches Gymnasium Bayreuth	November 1970
	Städtisches Eichendorff-Gymnasium Bamberg	Dezember 1970
	Ehemals städtisches Mozart-Gymnasium Würzburg	März 1971
	Ehemals städtisches Schönborn-Gymnasium Würzburg	März 1971
	<b>Städtisches Nürnberg-Kolleg Nürnberg</b>	<b>Januar 1972</b>
	Städtisches Wirtschaftswissenschaftliches Gymnasium Schweinfurt	Juli 1973
	<b>Städtisches Sigena-Gymnasium Nürnberg</b>	<b>März 1992</b>
	Städtisches Marie-Therese-Gymnasium Erlangen	Mai 1998
	Städtisches Jakob-Fugger-Gymnasium Augsburg	April 2004
	Städtisches Maria-Theresia-Gymnasium Augsburg	April 2004

1. Realschulen	Name	Antragstellung
	Städtische Realschule Memmingen	1952
	Städtische Realschule Weißenhorn	Februar 1957
	Städtische Realschule Kempten	1967
	Städtische Realschule Bamberg	Dezember 1970
	Städtische Realschule Würzburg	Mai 1971
	Städtische Realschule für Mädchen Rosenheim	Januar 1973
	Städtische Realschule Fürth (Hans-Böckler-Schule)	1974
	Realschule des Landkreises Rosenheim in Prien am Chiemsee (früher: Realschule des Marktes Prien am Chiemsee)	Oktober 1978
	Städtische Realschule Schweinfurt (Walter-Rathenau-Realschule)	Dezember 2000
	Städtische Realschule Augsburg (Agnes-Bernauer-Realschule)	April 2004

3. Wirtschaftsschulen	Name	Antragstellung
	Städtische Wirtschaftsschule Amberg	April 1970
	Städtische Wirtschaftsschule Ansbach	Mai 1970
	Städtische Wirtschaftsschule Bayreuth	November 1970
	Städtische Wirtschaftsschule Bamberg	Dezember 1970
	Wirtschaftsschule des Landkreises Rosenheim in Bad Aibling	Oktober 1971
	Städtische Wirtschaftsschule Fürth	Januar 1974
	Wirtschaftsschule des Zweckverbandes Wörishofen in Bad Wörishofen	September 1974
	Städtische Wirtschaftsschule Schwabach	November 1975
	Städtische Wirtschaftsschule Würzburg	Juni 1978
	Städtische Wirtschaftsschule Eggenfelden	Juli 1990

4. Berufsschulen	Name	Antragstellung
	4 Städtische Berufsschulen Würzburg	April 1975
	7 Städtische Berufsschulen Augsburg	Dezember 1991

5. Fachoberschule	Name	Antragstellung
	Städtische Fachoberschule Würzburg	Februar 2001

6. Berufsoberschule	Name	Antragstellung
	Städtische Berufsoberschule Würzburg	April 1975

7. Fachakademien	Name	Antragstellung
	Fachakademie für Sozialpädagogik des Landkreises Bad Kissingen in Münnerstadt	März 1973
	Fachakademie für Hauswirtschaft des Berufsschulverbands Passau in Vilshofen (früher: Fachakademie des Landkreises Passau)	August 1978
	Städtische Fachakademie für Hauswirtschaft Würzburg	Februar 2001
	2 Fachakademien des Landkreises Hof in Ahornberg (Hauswirtschaft; Sozialpädagogik)	November/Dezember 2003
	Fachakademie für Sozialpädagogik des Landkreises Mühldorf am Inn in Starkheim	November 2003 Januar 2004
	Fachakademie für Sozialpädagogik des Landkreises Aschaffenburg in Aschaffenburg	

8. Fachschulen	Name	Antragstellung
	Fachschule (Technikerschule) des Zweckverbands Kempten	Dezember 1975
	7 Städtische Fachschulen Nürnberg	Juni 1997
	7 Städtische Fachschulen Würzburg	März 2001
	Fachschule für Datenverarbeitung des Landkreises Deggendorf in Plattling	Mai 2000
	Städtische Fachschule für Datenverarbeitung Memmingen	Juli 2001
	Fachschule für Datenverarbeitung des Landkreises Tirschenreuth in Wiesau	März 2003
	Fachschule für Altenpflege des Landkreises Main-Spessart in Markttheidenfeld	Mai 2003
	Fachschule für Kunststofftechnik des Landkreises Hof in Rehau	November/Dezember 2003

9. Berufsfachschulen	Name	Antragstellung
	Berufsfachschule für informations- und telekommunikationstechnische Berufe des Landkreises Deggendorf in Plattling	Mai 2000

9. Berufsfachschulen	Name	Antragstellung
	Berufsfachschule für informations- und telekommunikationstechnische Berufe des Landkreises Tirschenreuth in Wiesau	Mai 2000
	Berufsfachschule für Sozialpflege des Landkreises Freyung-Grafenau in Grafenau	November 2000
	2 Berufsfachschulen des Berufsschulverbands Passau in Vilshofen (Diätassistenten; Sozialpflege)	Februar 1999
	7 Städtische Berufsfachschulen Würzburg (Maschinenbau; Hauswirtschaft; Kinderpflege; Sozialpflege; Büroberufe; informations- und telekommunikationstechnische Berufe; kaufmännische Assistenten)	Februar 2001
	Berufsfachschule für Altenpflege des Landkreises Bad Kissingen in Münnerstadt	März 2003

9. Berufsfachschulen	Name	Antragstellung
	Berufsfachschule für Krankenpflege des Landkreises Main-Spessart	Mai 2003
	Berufsfachschule für Altenpflege des Landkreises Hof in Münchberg	November/ Dezember 2003

## Zu 4.:

Die wesentliche Wirkung der Verstaatlichung einer kommunalen Schule liegt darin, dass der Staat den Personalaufwand für das Lehr- und Verwaltungspersonal übernimmt. Grundvoraussetzung für die Verstaatlichung von kommunalen Schulen ist deshalb die Bereitstellung von Planstellen im Staatshaushalt. Dies ist seit einer Reihe von Jahren nicht mehr erfolgt. Ob es mittelfristig möglich sein wird, kommunale Schulen zu verstaatlichen, hängt letztlich von der Entscheidung des (Haushalts-)Gesetzgebers ab.

## Zu 5.:

Sollten sich mittelfristig Verstaatlichungen kommunaler Schulen überhaupt ergeben, dürften sie nur in sehr geringer Zahl möglich sein. Ein wichtiges Kriterium wird der Aspekt des fachlichen Bedarfs für die einzelnen Schularten sein.

